

Die Sozialdemokratie und das Land.

Die Sozialdemokratie macht fortgesetzt alle Anstrengungen, um auf die ländliche Bevölkerung Einfluß zu gewinnen und sie in ihren Netzen zu fangen. Es vergeht keine „Konferenz“, kein Parteitag, wo nicht über die besten Wege, die zu diesem Ziele führen könnten, verhandelt würde. So wurde jüngst in einer Parteikonferenz der Provinz Brandenburg der Ansicht Ausdruck gegeben, daß man von den geräuschvollen Touren auf dem Lande, von dem „Einfallen gleich Heuschrecken“ abkommen und lieber darauf bedacht sein müsse, enge Fühlung mit Einzelnen zu gewinnen, um auf der Grundlage persönlicher Beziehungen eine stetige stille Agitation betreiben zu können. Weiter wurde für die wirksame Durchführung einer solchen Agitation eine Untersuchung als Erforderniß bezeichnet, die nicht nur statistische Zahlen ermittelt, sondern auch eine eingehende Beschreibung der ländlichen Verhältnisse des betreffenden Gebiets, namentlich aber der Verhältnisse der Wanderarbeiter, der Sachfengänger, Ziegelarbeiter und Hausindustriellen hinzufügt. Eben diese Kategorien sollen gewissermaßen die Binde- und Vermittlungsglieder zwischen der Sozialdemokratie und der stehenden ländlichen Bevölkerung werden. Man behielt dem Mitte dieses Monats nach Frankfurt a. M. einberufenen sozialdemokratischen Parteitag vor, das Weitere in dieser Beziehung zu veranlassen.

Auf einem sozialdemokratischen Parteitag im Herzogthum Braunschweig war man darüber einig, daß jede Agitation gegen die Religion auf dem Lande zu vermeiden sei.

Auch auf dem soeben in München abgehaltenen bairischen sozialdemokratischen Parteitag kam die Agitation auf dem Lande zur Sprache. Herr von Volmar sagte, die Landbevölkerung nehme großes Interesse in Anspruch. Bei ihr seien die Gegensätze von reich und arm nicht so erbitternd durchgearbeitet wie in der Industrie. Der Bauernbund sei das Zeichen des beginnenden Selbstnachdenkens; jedes Selbstnachdenken aber führe früher oder später zur Sozialdemokratie, — man müsse der bairischen Landbevölkerung den Begriff beibringen, daß eine Interessengemeinschaft aller Bedrückten vorhanden sei, und in ihr die Vorstellung entzünden, daß die Sozialdemokratie nicht nur die höchsten Ideale für die Zukunft habe, sondern heute auch schon die zielbewußte Vorkämpferin aller Volksinteressen sei.

Die gesteigerten Bemühungen der Sozialdemokratie, auf dem Lande festen Fuß zu fassen, stehen offenbar im Zusammenhang mit den gerade gegenwärtig ungünstigen Verhältnissen der Landwirtschaft. So mancher Bauer wird sich durch die schlechten Preise, durch die hohen Schuldenzinsen bedrückt fühlen, und dieses Gefühl wird von der Sozialdemokratie auszunutzen versucht. Aber so schlecht auch die Verhältnisse sein mögen, der Bauer, wenn er wirklich nachdenkt, wird und kann nicht zur Sozialdemokratie kommen, sondern er muß sich sagen, daß die schlechten Zeiten eine Prüfung Gottes sind, die man, wie unser Kaiser jüngst sagte, in christlicher Geduld tragen muß, die aber von keines Menschen Hand, am allerwenigsten von sozialdemokratischen Weltverbesserern auf einmal aus der Welt geschafft werden kann. Der Landmann, der mit seinem ganzen Sinnen auf die Beobachtung der Natur und ihrer Kräfte, auf Wind und Wetter gerichtet ist, spürt darin das Walten einer höheren Macht, und wie er dankend den Erntesegen preist, so beugt er sich auch demüthig, wenn er von Mißwachs und anderem Unglück betroffen wird; denn er weiß, daß dem Regen wieder Sonnenschein, dem Winter wieder der Sommer folgt, und er weiß, daß er trotz Unglücks nicht verlassen ist: er hofft auf bessere Zeiten, diese erhofft er allein von der Allmacht und Güte Gottes, und noch nie ist solche Hoffnung zu Schanden geworden.

Diese Gott sei Dank in der Landbevölkerung noch fest begründete Gesinnung ist der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge, aber auch der beste Schutz gegen die Vergiftung durch ihre Lehren. Deshalb die Sorge, daß nur die Religion bei der Agitation auf dem Lande aus dem Spiele bleibe; deshalb der Rath, sich dem Einzelnen zu nähern, weil dieser vielleicht den Zuflüsterungen am zugänglichsten sei, deshalb die Meinung, man könne in den Bauern die Vorstellung erwecken, daß sie eine bedrückte Volksklasse seien.

Die Bauern sind schon oft gewarnt, und sie werden sicherlich vor all den Verführungskünsten auf ihrer Hut sein: denn, sind sie

erst in den Händen der Sozialdemokratie, dann werden sie all ihr Hab und Gut auf Nimmerwiedersehen verlieren, nimmer kehren ihnen bessere Zeiten wieder, dann wird ihnen nicht nur die Hoffnung, sondern der Glaube geraubt, der für jeden Menschen der rettende Anker in aller inneren und äußeren Noth ist!

Die Erhaltung des mittleren Grundbesitzes.

Der Verein für Sozialpolitik, ein Verein von deutschen Männern der Wissenschaft und Praxis, die sich zur wissenschaftlichen Untersuchung wirtschaftlicher Fragen verbunden haben und gewissermaßen der praktischen Politik vorarbeiten, hat bei seiner diesjährigen Versammlung in Wien, die am 29. September stattfand, unter anderem sich auch mit der Frage des Anerbenrechts beschäftigt. Der Verein faßt keine Beschlüsse, sondern erörtert nur die grundsätzlichen Fragen, indem er jedem der Mitglieder Gelegenheit giebt, seine wissenschaftliche Meinung darüber zu äußern. Ob nun mehr Anhänger als Gegner sich zu einer Frage geäußert haben, kommt weniger in Betracht, als die Stellungnahme hervorragender Männer an sich und die Gründe, die sie geltend machen. Da diesmal naturgemäß viel österreichische Sozialpolitiker den Verhandlungen beiwohnten, kann man sich nicht wundern, daß mancherlei Einwände gegen die Einführung des Anerbenrechts erhoben wurden. In Oesterreich mögen die Verhältnisse anders liegen als in Deutschland. Für uns ist es von Wichtigkeit, daß die hervorragendsten wissenschaftlichen Vertreter Deutschlands wie Geheimrath Ober-Regierungsrath Thiel und die Professoren Sering und Gierke aus Berlin sich für die Einführung des Anerbenrechts ausgesprochen haben; nur Professor Brentano aus München erklärte sich gegen die Einführung eines gesetzlichen Intestat-Anerbenrechts und glaubte in einer häuerlichen Lebensversicherung ein Mittel zur Erhaltung des mittleren Grundbesitzes erblicken zu sollen.

Von den Reden, die gehalten wurden, möchten wir insbesondere diejenige des Professors Gierke aus Berlin hervorheben, die einige Gesichtspunkte enthielt, die zur Klärung der Sache beitragen können. Sehr richtig betonte er, daß man von der Einführung des Anerbenrechts keine Hilfe für den augenblicklichen Nothstand der Landwirtschaft, vor allem keine Steigerung der Kornpreise erwarten könne. Das Anerbenrecht an sich allein könne auch nicht die häuerliche Kraft erhalten, aber es sei eine der unentbehrlichen Grundlagen, um der Entwicklung eines ländlichen Proletariats vorzubeugen. Im weitaus größten Theil Deutschlands entspreche das Anerbenrecht dem Rechtsbewußtsein des Volkes, und dieses müsse gestützt und gefördert werden, wenn man die Erhaltung eines kräftigen, mittleren Grundbesitzerstandes für die Größe einer Nation für unentbehrlich halte. Wodurch — so sagte er — hat Deutschland seine jetzige Stellung in der Welt errungen? Freilich haben alle Stände der Nation mitgewirkt. Zwei Stände aber könne man sich weder für die Vergangenheit noch für die Zukunft wegdenken: den deutschen Bauer und den norddeutschen Junker, dessen Blüthe Fürst Bismarck sei. Ohne die gewaltige Bauernkraft des Ostens und des Nordens und ohne Bismarck und das preußische Junkerthum wäre das deutsche Reich nicht zu seiner jetzigen Stellung gelangt. Länder mit Zwergwirtschaft und mit freier Theilbarkeit des Bodens können nichts Großes leisten. Deshalb sei es für die Zukunft Deutschlands nothwendig diejenigen Maßnahmen zu treffen, die die Erhaltung eines kräftigen, mittleren Grundbesitzes ermöglichen.

Diese hohe und weite Auffassung von der geschichtlichen Nothwendigkeit der Erhaltung des Bauernstandes wird sicherlich dem Plane der Einführung des Anerbenrechts als eines Mittels dazu immer weitere Aufmerksamkeit zuführen. Das Anerbenrecht, welches den Grundbesitz in einer Hand belassen und dem Uebernehmer solche Bedingungen sichern will, unter denen er das Gut zu erhalten in der Lage ist, beugt der Ueberschuldung wie der Zersplitterung des Grundbesitzes vor, und deshalb wird es auch eine Zukunft haben.

Neuigkeiten aus der Verwaltung.

Der Kultusminister hat den königlichen Regierungen und Provinzial-Schulkollegien den Lehrplan für den katholischen Religionsunterricht an höheren Mädchenschulen zugehen lassen. Bei der